

Von der Krise gleich mehrfach getroffen

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf Entwicklungsländer

VON PEDRO MORAZÁN

Diskutieren wir in Europa vor allem die Eurokrise, die Zukunft des Euro und die Verantwortung der Banken und der Politik für diese Krise, so kommen die Folgen der internationalen Finanzmarktkrise für die Entwicklungsländer kaum in den Blick. Der folgende Beitrag analysiert die Konsequenzen der Krise des Finanzsystems für die Entwicklungsländer. Diese werden auf mehrfache Weise durch die aktuelle Krise getroffen. Die Millenniumsentwicklungsziele (MDG), auf die sich die Mitglieder der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Armut in der Welt verpflichtet hatten, laufen mehr denn je Gefahr, verfehlt zu werden. Statt der Verringerung der Armut ist in manchen Ländern aufgrund der gegenwärtigen Krise ein Ansteigen der Armut festzustellen. Westliche Regierungen, auch die deutsche, nehmen mehr und mehr Abstand von ihren gemachten Zusagen hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit.

Es ist derzeit schwer zu sagen, ob die Weltwirtschaft sich von den Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit erholen kann. Klar ist nur, dass einige Länder stärker als andere und in unterschiedlicher Art und Weise von der Krise heimgesucht werden. Derzeit häufen sich die Meldungen mit Annahmen, dass größere Schwellenländer wie China, Brasilien und Indien die Krise gut überstanden haben und sogar einen aktiven Beitrag zur Überwindung derselben leisten. Doch die Folgen der Krise sind in den meisten Entwicklungsländern immer noch spürbar, in zahlreichen armen Ländern sind durch die Krise neue Herausforderungen entstanden.

Die Finanzkrise steckte Entwicklungs- und Schwellenländer auf vier Wegen an: Über die Finanzmärkte, über den Welthandel, durch das Sinken der Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten und durch geringere Zahlungen von Entwicklungshilfe. Ende 2008 verschlechterte sich durch die Finanzkrise in vielen Entwicklungsländern die Möglichkeit der Kreditaufnahme, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. In den Gebieten, in denen Nahrungsmittel auf Kredit gekauft wurden, stiegen die Nahrungsmittelpreise oder stagnierten auf hohem Niveau. Zudem

kam es zu einem kurzfristigen Kapitalabzug besonders aus Ländern mit eigenen Börsen, wie Nigeria, einhergehend mit einer massiven Abwertung der Währungen der Länder.

Rückgang des Außenhandels und der Rohstoffpreise Mehr als 70 Prozent der Exporte aus Entwicklungsländern sind Rohstoffe oder Agrarprodukte. Rohstoffexporte sind prozyklischer Natur, das heißt wenn die Wirtschaft der Industrie- und Schwellenländer wächst, wächst auch die Nachfrage nach Rohstoffen. Infolge der Rezession ging indes die Nachfrage nach den meisten Rohstoffprodukten in sämtlichen





OECD-Ländern zurück. Der Einbruch des Welthandels stellt jedoch die schwerwiegendste Folge der Finanzmarktkrise für Entwicklungs- und Schwellenländer dar und ist eine wesentliche Ursache für das seit Ende 2008 beobachtete Ansteigen der Armut in diesen Ländern. Der Preisrückgang für Rohstoffexporte trifft die Exportländer mit niedrigem Einkommen in Afrika und Lateinamerika besonders hart. Stark betroffen waren Länder, die sich den Weltmärkten geöffnet hatten und deren Bruttoinlandsprodukt in hohem Maße von der Ausfuhr weniger Exportgüter abhängt. Beispiele hierfür sind Botswana (Diamanten), Mosambik (Aluminium) und Sambia (Kupfer), deren Exporte zu mehr als 80 Prozent vom Export eines Rohstoffs abhängen. Ebenso stark betroffen war die Demokratische Republik Kongo, in der sich die Regierung Anfang 2009 gezwungen sah, ihren Haushalt um ein Viertel zu kürzen, weil die erwarteten Einkünfte aus dem Bergbau ausblieben.¹ Auch wenn die Rohstoffexporte unterschiedlich besteuert werden, sind sie in der Regel die wichtigste Einnahmequelle vieler Entwicklungsländer.

Allerdings erholten sich viele Länder Subsahara-Afrikas (SSA) in ihrem Außenhandel. Dazu trug insbesondere auch die Umorientierung des Handels hin zu China und anderen Schwellenländern in Asien und Lateinamerika bei, die stabile Wachstumsraten verzeichneten und durch Ankurbeln ihrer Binnennachfrage viele Rohstoffe importierten. Innerhalb SSAs müssen die Länder mit mittlerem Einkommen, wie beispielsweise Botswana, Kap Verde, Lesotho, Mauritius, die Seychellen, Südafrika und Swasiland vorübergehend die höchsten Einbußen ihrer Exporte hinnehmen, da sie stärker in den Welthandel integriert sind (Internationaler Währungsfonds 2011).

In Ländern, die ihre Wirtschaft auf den Export von Rohstoffen oder Fertigwaren in Industrieländer ausgerichtet hatten, erhöhte sich die Arbeitslosigkeit sprunghaft, während gleichzeitig die Steuereinnahmen sanken. Die Massenentlassungen setzten vielerorts ein, nachdem die Bevölkerung bereits durch stark ansteigende Lebensmittel- und Energiepreise in Bedrängnis

Einige Entwicklungsländer haben aufgrund der Finanzkrise mit einem Abzug von Kapital und der Abwertung der eigenen Währung zu kämpfen. Der Kurssturz an den Börsen der westlichen Industrienationen hat auch negative Auswirkungen auf Börsenplätze in Entwicklungsländern, wie zum Beispiel Nigeria. Das Foto zeigt den Handelsraum der Frankfurter Börse am 08. August 2011. Der Dax fiel um 4,5 Prozent.

FOTO: KNA-BILD

geraten war. Laut Angaben der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) bleibt die Beschäftigungssituation in Westasien und Nordafrika angespannt. Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen bleiben ein Wunschdenken, was bekanntlich eine der Ursachen für die politischen Unruhen in Ländern wie Ägypten oder Tunesien war. Nicht alle Länder werden von einer möglichen Erholung der Weltwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt profitieren.

Rückgang der Investitionen in Entwicklungsländern Bekanntermaßen investieren private Anleger ihr Kapital auf drei verschiedene Arten in Entwicklungs- und Schwellenländern: durch die direkte Kreditvergabe an Staaten oder Unternehmen, durch Portfolio-Investitionen (Aktien oder Anleihen), aber auch durch Direktinvestitionen (Aufbau oder Erwerb von Produktionskapazitäten). Alle drei Herangehensweisen im Kapitaltransfer in Entwicklungs- und Schwellenländern waren von der Krise betroffen. Die Kreditknappheit war sogar weltweit bis in entlegene Dörfer zu spüren. Von dem Kapitalabzug aus Portfolio-Investitionen waren hingegen nur jene Länder betroffen, die eigene Wertpapierbörsen unterhalten oder Staatsanleihen auf den internationalen Finanzmärkten ausgeben. Dies trifft auf viele Schwellenländer und einige Länder mittleren Einkommens zu.

In den meisten Entwicklungsländern kam es Ende des Jahres 2008 zu einer massiven Einschränkung der Kreditvergabe infolge der Kreditklemme in den reichen Industrieländern. Liehen sich Schuldner aus den bedeutendsten Schwellenländern und Ländern mittleren

Einkommens² an den internationalen Anleihemärkten bis Anfang Oktober 2008 noch 28 Mrd. US-Dollar mehr aus, als sie auf Kredite zurückzahlten, so zahlten sie im letzten Quartal des Jahres 27 Mrd. Dollar mehr zurück, als sie sich ausliehen.³ Die Staaten selber traf die Kreditklemme ebenfalls. Da sie oft nur über geringe Devisenreserven verfügen, sind sie auf externe Kredite angewiesen. Diese wurden in einer Situation, in der Anleger aus sämtlichen unsicheren Anlagen in sichere Anlagen flüchteten, sehr teuer. Länder wie Ghana, Pakistan und Vietnam, die sich in den vergangenen Jahren einen Zugang zu den internationalen Kredit- und Anleihemärkten verschafft hatten, zahlten im Januar 2009 zwischen 5 Prozent und 15 Prozent höhere Zinsen auf ihre Kredite, als sie noch im Februar 2008 gezahlt hatten.

Der Rückgang privater Kapitalflüsse traf SSA nicht so stark wie einige Schwellenländer in Asien und Lateinamerika. Immerhin gingen die gesamten Kapitalzuflüsse zwischen 2007 und 2009 um 57 Prozent zurück. Dieser Betrag blieb in Anbetracht des Rückgangs der globalen Kapitalflüsse in allen Entwicklungs- und Schwellenländern im selben Zeitraum in Höhe von 72 Prozent niedrig. Es gab erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Formen von Kapitalflüssen. Die ausländischen Direktinvestitionen, die langfristig angelegt sind und etwa 20 Prozent des Kapitalstocks in SSA finanzieren, machen den Großteil der Kapitalflüsse nach SSA aus. Diese sanken 2009 zwar um 12,3 Prozent, stiegen aber im Jahr 2010 bereits wieder um 6 Prozent an.⁴

Eine leichte Erholung des Kapitaltransfers insbesondere in Schwellenländer wird von IFI (Anmerkung der Redaktion: Internationale Finanzinstitutionen – zu ih-

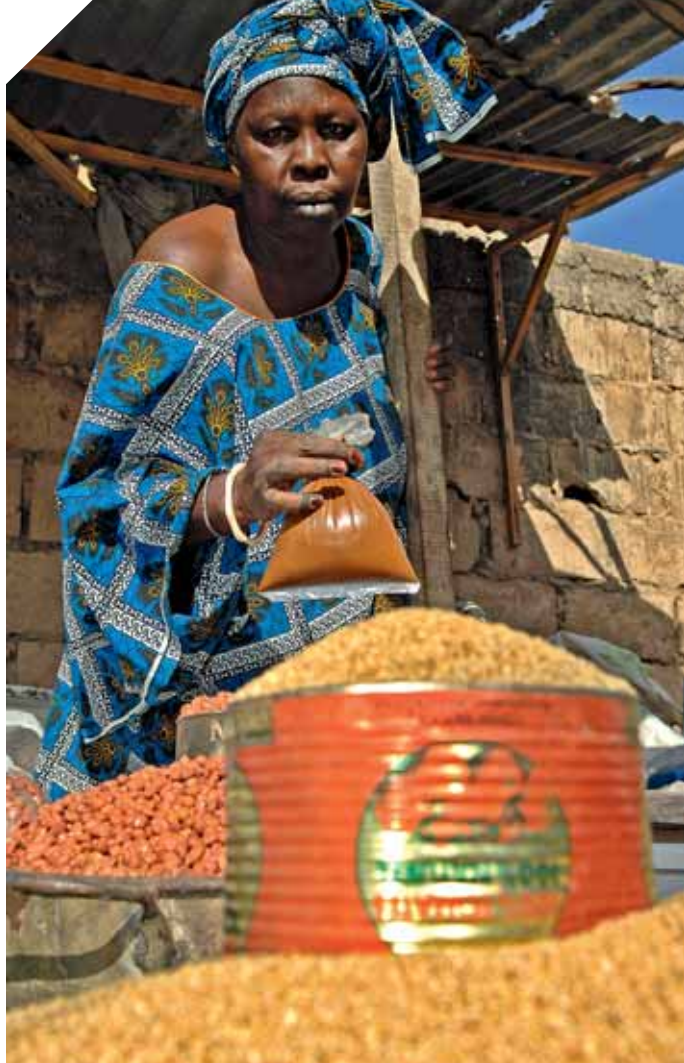
nen gehören zum Beispiel der Internationale Währungsfond und die Weltbank) und sonstigen internationalen Institutionen für das Jahr 2011/2012 festgestellt: Waren die Nettokapitalzuflüsse im Jahr 2010 auf 950 Mrd. US-Dollar beziffert, so erwartet man für dieses Jahr eine Stabilisierung auf diesem Niveau und eine relative Steigerung im Jahr 2012. Insgesamt aber bleibt dieser Betrag circa 300 Mrd. US-Dollar unter dem höchsten Niveau vor der Krise im Jahr 2007. Die ausländischen Kapitalzuflüsse werden in absehbarer Zeit nicht mehr als 4 Prozent des Bruttonationalprodukts (BNE) ausmachen. Damit belaufen sie sich also im Moment nur etwa auf die Hälfte des Betrages vor der Krise.

In den Schwellenländern sind die Risiken immer noch groß. In der gegenwärtigen Situation führen starke Kapitalzuflüsse aufgrund der Dollarschwäche und der Eurokrise zu Währungsaufwertungen (Brasilien, Kolumbien, Südafrika, Indonesien etc.), die sich negativ auf die Exportentwicklung dieser Länder auswirken können. Bislang konnten diese Länder negative Auswirkungen durch Staatsinterventionen in den Kapitalmärkten zurückdrängen. Die Situation bleibt allerdings angespannt, zumal die Zeichen für eine Erholung der Industrieländer immer noch auf sich warten lassen.

Die Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten sind aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise zurückgegangen. Insbesondere in den USA und südeuropäischen Ländern haben Migranten die Krise zu spüren bekommen. Das Foto zeigt eine Demonstration von Migranten in den USA, die 2006 gegen eine Verschärfung des Einwanderungsrechts in den USA protestierten.

FOTO: KNA-BILD





Nahrungsmittelknappheit in Afrika: Neben der Spekulation mit Nahrungsmitteln verschärft die Finanzkrise die angespannte Situation zusätzlich, da die Kreditfinanzierung von Nahrungsmittelimporten vor allem für afrikanische Länder nur zu erschwerten Bedingungen, vor allem höheren Kreditzinsen, möglich ist.

FOTO: KNA-BILD

Afrika bleibt anfällig gegenüber Entwicklungen der Weltwirtschaft, obwohl der Kontinent nicht so stark wie befürchtet von der Finanzkrise getroffen wurde. Rohstoffpreisinstabilitäten gepaart mit Naturkatastrophen und Währungsschwankungen können die Lage in Afrika stark beeinträchtigen. Ohne die notwendigen Verschiebungen in der Einkommensverteilung wird das Wirtschaftswachstum in Subsahara-Afrika kaum ausreichen, um Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zu erzielen. Dies ist jedoch nur scheinbar beruhigend, denn Wirtschaftswissenschaftler gehen davon aus, dass schon ein Rückgang des Wachstums um 1 Prozent in den Entwicklungsländern zu 20 Mio. zusätzlichen Armen führt. Nach Einschätzung internationaler Institutionen wird die Inflation in vielen Ländern Afrikas aufgrund steigender Rohstoffpreise (Erdöl), aber auch durch eine stärkere Nachfrage und in nicht wenigen Fällen durch schlechte Wetterbedingungen, steigen.

Niedrigeinkommensländer (LDC) haben nicht die versprochene Unterstützung bekommen und mussten mit den Folgen der Krise weitgehend alleine umgehen. Die asiatischen LDC haben auf Grund starken Wachstums in der Region profitieren können. Erdölexportländer in Afrika haben von relativ hohen Erdölpreisen profitieren können, während die meisten Erdölimportländer unter den schlechten Austauschverhältnissen litten. Insgesamt werden also lediglich die asiatischen LDC die erwarteten Wachstumsziele zur Erreichung der MDG erfüllen können, während Afrika sogar Rückschläge im Kampf gegen Armut erleiden muss; in Lateinamerika bleibt das Bild vielfältig.

Die Finanzkrise trägt zudem zu einer Verschärfung der Nahrungsmittelkrise und des Hungers bei. In den Regionen, in denen Lebensmittel auf Kredit gekauft werden müssen, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken, und dieser Kredit entweder gar nicht mehr oder nur zu deutlich schlechteren Konditionen erhältlich ist, steigen die Preise für Lebensmittel weiter an. So berichten Lebensmittelhändler aus Afrika, dass die Bankkosten für einen Kreditbrief, mit dem ihre Transaktionen abgewickelt werden, nach dem Kollaps von Lehman Brothers von üblicherweise 1 Prozent bis 1,25 Prozent auf 3 Prozent bis 4 Prozent des Warenwertes gestiegen sind.

Rückgang der Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten aus Entwicklungsländern Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten stellten mit 338 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008, neben der staatlichen Entwicklungshilfe (119,7 Mrd. US-Dollar, 2008) und den Direktinvestitionen (621 Mrd. US-Dollar im selben Jahr)⁵ den zweitgrößten Finanzfluss von reichen Industrie- in arme Entwicklungsländer dar. Zum ersten Mal in jüngster Vergangenheit sind Rücküberweisungen infolge der Krisen auf 304 Mrd. US-Dollar im Jahr 2009 zurückgegangen. Doch diese erholten sich im Jahr 2010 und werden voraussichtlich auch 2011 stabil bleiben.

Rücküberweisungen wuchsen von 2002, als sie weltweit 80 Mrd. US-Dollar betragen, innerhalb von vier Jahren auf das fast Vierfache an. In vielen Ländern stellen sie einen wichtigen Teil des Bruttoinlandsprodukts. Der größte negative Einfluss erreichte die Entwicklungsländer.

Allerdings werden einige LDC in Afrika und Lateinamerika von einem erneuten Rückgang der Rücküberweisungen betroffen sein. Insbesondere Arbeitsmigranten in Spanien und weiteren südeuropäischen Ländern sowie in den USA sind von der Krise betroffen. Auch in Nordafrika (Tunesien, Libyen und Ägypten) ist mit Rückgangstendenzen zu rechnen.

Rückgang der staatlichen Entwicklungshilfe (EZ)

Für das Jahr 2008 konnte noch ein Anstieg der EZ-Leistungen auf bisher beispiellose 121,5 Mrd. US-Dollar festgestellt werden.⁶ Eine differenziertere Betrachtung der EZ-Leistungen lässt allerdings erkennen, dass die Geberländer aufgrund der Finanzkrise ihre gegebenen EZ-Zusagen nicht einhalten konnten: »Im Jahr 2005 verpflichteten sich die Geber auf dem G8-Gipfeltreffen von Gleneagles und dem Millennium+5-Gipfel, ihre Leistungen aufzustocken. Viele Zusagen erfolgten in Form von ODA-Zielvorgaben (Anmerkung der Redaktion: Official Development Assistance – Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit), die sich auf einen bestimmten Anteil des BNE beziehen. Die auf diesen Gipfeltreffen oder in ihrem Kontext eingegangenen Verpflichtungen ließen zu konstanten Preisen von 2004 eine Erhöhung der ODA-Leistungen von 80 Mrd. US-Dollar im Jahr 2004 auf 130 Mrd. US-Dollar im Jahr 2010 erwarten. Infolge der Wirtschaftskrise und des damit einhergehenden BNE-Rückgangs in den Geberländern verringerte sich der Gesamtwert der eingegangenen Verpflichtungen auf 124 Mrd. US-Dollar zu Preisen von 2004«, stellt der DAC/OECD Bericht 2010 mit Ernüchterung fest.

Infolge der Eurokrise werden quer durch Europa die Staatsausgaben für die ODA gekürzt, um die Schuldenberge abzutragen, die in der Wirtschaftskrise angehäuft wurden. Die Finanzierungslücke zur Erreichung der MDG bis 2015 wird auch deshalb eher größer als kleiner, weil die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Nahrungsmittelkrise und des Klimawandels die Erreichung der MDG und den Erhalt nach 2015 zusätzlich gefährden. Gleichzeitig ist für die Bundesrepublik die Entwicklungspolitik auf Grund der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft und der

globalen Herausforderungen in vielen Bereichen wie Umweltschutz, Sicherheitspolitik oder Verknappung globaler Güter usw. von zunehmender Relevanz. Entwicklungszusammenarbeit ist damit kein Wohlfahrtsakt, sondern ein Teil internationaler Strukturpolitik, die auch drängende Fragen wie Migration, wirtschaftliche und politische Stabilität, Sicherheit, Ressourcenschutz und Klimawandel betrifft. Die Bereitschaft der OECD-Länder, verbindliche Zusagen zur ODA-Quote zu machen, ist infolge der Finanzkrise und der darauffolgenden Eurokrise noch weiter gesunken. Höchste Priorität besitzt in den größeren europäischen Volkswirtschaften die Haushaltskonsolidierung, die bei einer moderaten Steuerpolitik zu einer radikalen Kürzung von öffentlichen Ausgaben führt. Positiv zu vermerken ist, dass trotz der angespannten Situation noch kein Mitgliedsland die 0,7 Prozent-Zusage für das Jahr 2015 in Frage stellt. Sämtliche Regierungen der EU15-Staaten bestätigen das Festhalten an der Zielsetzung. Allerdings ist bislang nur von wenigen ein Stufenplan für das Erreichen eines solchen Zieles zu erkennen. Zwei wichtige Volkswirtschaften zeigen eher rückläufige Tendenzen: Deutschland und Frankreich. Deutschland bleibt 2010 unter der Marke von 0,40 Prozent, das heißt weit unter der eigenen Zusage von 0,51 Prozent und damit auch unter der EU-Zusage. Dasselbe gilt für Frankreich, das auf etwas mehr als 0,40 Prozent kommt. Lässt man Italien aus den zu erwartenden positiven Optionen, spielen Frankreich und Deutschland neben Großbritannien als große Volkswirtschaften eine strategische Rolle für die Einhaltung der Zusage. Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Erholung Deutschlands kommt diesem Land eine noch wichtigere Rolle zum EU-Beitrag zu.

Herausforderungen für die Zukunft Arme Entwicklungsländer werden nicht nur von den negativen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise heimgesucht. Die prekäre Lage der Entwicklungsländer wird neben der Finanzkrise auch durch die Nahrungsmittel- und die Energiekrise weiter verschärft. Auch klimatische Bedingungen (Dürre, Überschwemmungen etc.) führten Menschen in die Armut. Die internationale Gemeinschaft ist dazu aufgerufen, angesichts dieser multiplen Krisen, globale Strukturveränderungen zugunsten der ärmsten Länder herbeizuführen.

PEDRO MORAZÁN

Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene / Siegburg

ANMERKUNGEN

1 Jeroen Cuvelier: The impact of the global financial crisis on mining in Katanga, International Peace Information Service, Antwerpen, 14. Juli 2009, S. 13.

2 Diese sind: Algerien, Argentinien, Aserbaidschan, Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Estland, Indien, Indonesien, Iran, Kasachstan, Katar, Kolumbien, Korea, Kroatien, Kuwait, Lettland, Libyen, Litauen, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Oman, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Thailand, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

3 BIZ: 79. Jahresbericht, S. 95.

4 Berensmann, K. (2011): Afrikanische Entwicklungstrends: Lektionen aus der globalen Finanzkrise.

5 World Bank: Prospects – Migration and Remittances, 03. November 2009, n.p. URL: <http://go.worldbank.org/SSW3DDNLQO> (Letzter Abruf: 26. Februar 2010).

6 Siehe: Development Co-operation: Report 2010.